

Endlose Prozesse, teuer und nutzlos

Der Niedergang der Staatlichen Ballettschule geht einher mit Verschwendung. Eine Polemik

BIRGIT WALTER

Die Berliner Bildungsverwaltung bleibt in SPD-Hand, darauf reagieren nicht nur Eltern verbittert. Seit einem Vierteljahrhundert in der Hand der Sozialdemokratie gibt das Ressort ein erschütterndes Bild ab auf den letzten Plätzen im bundesweiten Bildungsranking.

Auch im Einzelnen sorgten Senatorin Sandra Scheeres und ihre Staatssekretärin Beate Stoffers für Chaos. Seit August gehen sie juristisch auch gegen eine angeblich fehlerhafte Berichterstattung der Berliner Zeitung über die Staatliche Ballettschule vor. Damit nicht die Idee aufkommt, die Zeitung würde deshalb ihre Berichterstattung einschränken, hier ein Versagens- und Verschwendungsüberblick der Verwaltung, der nur eine von 800 Berliner Schulen betrifft.

Fristlose Kündigungen der Leiter

Dazu ein kurzer Blick zurück in den November 2019. Damals hatte das Staatsballett einen besonders hohen Bedarf an Tanzschülerinnen der Ballettschule. Möglicherweise kam es da zu einer stärkeren Belastung, wie es Lehrkräfte behaupteten und bei der Schulaufsicht anzeigten. Schulleitung und Verwaltung beauftragten sofort ein unabhängiges wissenschaftliches Institut mit der Untersuchung der Vorwürfe.

Im Januar ließ die Bildungsverwaltung die Arbeit abbrechen, sie hatte nun offenbar andere Pläne. Ihr war ein anonymes Dossier von vier Denunziantinnen mit etlichen falschen Beschuldigungen zugegangen. Die Vorwürfe sollten jetzt von einer „Expertenkommission“ ohne Tanz-Experten und einer Clearingstelle gesammelt, aber nicht überprüft werden.

Ohne Ergebnisse abzuwarten, wurden im Februar 2020 der Leiter der Schule Ralf Stabel sowie der künstlerische Leiter Gregor Seyffert freigestellt und erhielten Hausverbot. Beide waren 17 Jahre an der Schule, die längste Zeit im Rang von Professoren. Es folgten fristlose Kündigungen. Im August 2021 hatte der Senat sämtliche Prozesse verloren. Eine Richterin brachte es im Berufungsprozess gegen Stabel auf den Punkt: „Es gibt keinen Grund für eine Kündigung. Die Vorwürfe sind alle Luftblasen.“

Denn tatsächlich berichteten die Kommissionen der Presse zwar von skandalösen Vorkommen, benannten aber keinen einzigen Fall. Bis heute gibt es keine Tat, keinen Täter, kein Opfer. Das damit verbundene finanzielle Desaster ist beträchtlich.



Ballerina, sitzend

IMAGO/CAVAN IMAGES

Natürlich müssen den beiden geschassten Leitern die entgangenen Gehälter nachgezahlt werden. Der ruinierte Ruf wird ihnen nicht ersetzt. Das neue Personal kostet zusätzlich. Der FDP-Abgeordnete Stefan Förster hat in einer Anfrage einige Ausgaben für diesen ausufernden Rechtsstreit in Erfahrung gebracht. Etwa für eine Stellenanzeige, die bereits Mitte 2020 einen Nachfolger für den Leiter der Ballettschule suchte. Die Anzeige lautete: „Berlin sucht schlaue Leute. Berlin sucht dich!“ Der neue Schulleiter wurde da gleich geduzt. Die Verwaltung schaltete diese Anzeige in etlichen Medien, nicht aber in der Berliner Zeitung. Die berichtete damals schon kritisch. Allein diese Anzeigen kosteten insgesamt 79.500 Euro, obwohl das Amt bis heute nicht besetzt werden kann.

Für die Kommissionen, zu denen auch Wirtschaftsprüfer gehörten, wurden sage und schreibe 166.950

Euro ausgegeben. Im Ergebnis wurden zum Beispiel das Landesjugendballett abgeschafft, der Elitecharakter der Schule und die Ausbildung von Ausländern angezweifelt.

Die externen Anwaltskosten für den Rauschmiss der beiden Leiter belaufen sich zunächst auf 30.000 Euro, dazu kommen Gerichts- sowie Anwaltskosten der Gegenseite für verlorene Prozesse in der zweiten Instanz, offenbar noch unbeziffert. Aber die Bildungsverwaltung hat noch nicht genug. Jetzt geht sie in dritter Instanz gegen das gut begründete Gerichtsurteil vor, wonach der promovierte Tanzwissenschaftler Ralf Stabel zu Recht 13 Jahre lang als Leiter einer Ballettschule arbeiten durfte, obwohl ihm dazu Lehramtssexamen fehlen. Nun soll das Bundesarbeitsgericht befinden, ob er die Arbeit überhaupt tun durfte. Ob das Gericht die skurrile Klage überhaupt annimmt, in

der die Verwaltung gegen ihre eigene Entscheidung vorgeht, den Schulleiter einzusetzen, ist nicht ausgemacht. Bis dahin darf Stabel nicht zurück an die Schule.

Auch dem künstlerischen Leiter Gregor Seyffert wird trotz klarem Urteil die Rückkehr verwehrt. Dem Choreografen wurde – abwegiger geht es nicht – eine Referentenstelle in der Bildungsverwaltung angeboten mit der Begründung, sein bisheriger Arbeitsplatz sei nicht mehr vorhanden. Seyfferts Anwalt widersprach: Türschilder und Website besagten anderes. Danach wurden die Schilder entfernt.

Auch Seyfferts langjähriger Stellvertreter wurde von seinen Aufgaben entbunden – er zieht dagegen im Januar vor Gericht. Vielleicht begegnet er dort dem Verwaltungs-Justiziar, der schon im Prozess gegen Seyffert ausfallend wurde. Gegen den Justiziar stellte Seyfferts Anwalt Strafanzeige wegen Beleidigung und Verleumdung. Danach hatte er den Künstler vor Gericht unter anderem als „geilen Stelzbock“ bezeichnet.

Rechnet man die Gehälter für die internen Mitarbeiter sowie den offenen Rechtsstreit mit der Berliner Zeitung dazu – 31.000 Euro offenbar allein für den externen Anwalt – steuert die Verschwendung am Ende geschätzt wohl auf 500.000 Euro bis eine Million zu. So hinterlassen Scheeres und Stoffers ihr Ressort, es bleibt bei der SPD.

Nur noch 133 Kinder angemeldet

Alles, weil ein fieser kleiner Schulkonflikt nicht sauber abgeklärt, sondern medienwirksam hochgezuckt wurde. Und das Ergebnis? Die Staatliche Ballettschule hat seit 20 Monaten keine künstlerisch qualifizierte Leitung, eine Art Auftrittsfeindlichkeit scheint Schuldoktrin – die Schule befindet sich ganz offensichtlich im Niedergang. Nur 133 statt wie üblich 180 bis 210 Kinder sind noch angemeldet, gerade sechs Neuanfängerinnen im ersten Jahr. Wie hätte das Staatsballett mit 70 Kindern dieser Schule seine „Nussknacker“-Aufführungen sicher planen sollen?

Offiziell erklärte Interims-Intendantin Christiane Theobald, die Inszenierung müsse überprüft werden, sie enthalte Kostüme mit „karikaturistischer“ Note und nicht „authentische“ chinesische Tänze. Gut, dass die Programmüberlegung nicht nur in Feuilletons Spott und Häme auslöste. Das Schicksal der Ballettschule dagegen nimmt seinen Lauf ohne Medienaufmerksamkeit.